

FAKTEN STATT FAKE-NEWS

zum Beispiel

Flüchtlingszahlen

Die auch von demokratischen Parteien immer wieder in den Raum gestellte Behauptung, viele der Menschen, die in Deutschland und in Rheinland-Pfalz Schutz suchen, hätten darauf keinen Anspruch, ist falsch!

Sie sind zurecht in Rheinland-Pfalz!

Von den insgesamt etwa 151.000 Menschen, die in Rheinland-Pfalz in der Vergangenheit als Schutzsuchende aufgenommen wurden und Ende 2023 noch hier lebten, sind etwa 145.000 Menschen (über 96 Prozent) im Besitz einer Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis.

Nur knapp 6.000 von ihnen – weniger als 4 Prozent – wurde keine Schutzberechtigung zuerkannt. Viele dieser Menschen werden meist schon über mehrere Jahre in Rheinland-Pfalz geduldet; z.B. weil sie sich in der Ausbildung befinden, eine Arbeitsstelle gefunden haben oder unter einer Krankheit leiden, die im Herkunftsland nicht behandelt werden kann.

Bilanz der Flüchtlingsaufnahme 2022 und 2023 in Rheinland-Pfalz!

In den Jahren 2022 und 2023 hat Rheinland-Pfalz insgesamt 75.245 schutzsuchende Menschen aufgenommen. Die Einwohner*innenzahl in Rheinland-Pfalz ist durch diese Auf-

nahmen in den vergangenen beiden Jahren rechnerisch von 4,10 auf 4,17 Millionen Menschen angewachsen. Das entspricht einem Zuwachs von gerade einmal 1,8 Prozent.

Flüchtlingsaufnahme in Rheinland-Pfalz 2022 und 2023:

Ukraine:	46.989 Personen (Stand 31.12.2023)
Asylsuchende:	26.405 Personen (11.585 Pers. in 2022 14.820 Pers. in 2023)
Sonderaufnahmen:	1.851 (1.336 Pers. in 2022 515 Pers. in 2023)
Gesamt:	75.245 Personen

Die mit Abstand größte Gruppe waren Geflüchtete aus der **Ukraine** mit 62,5 Prozent. Bei den sogenannten „**Sonderaufnahmen**“, die ca. 2,5 Prozent aller seit 2022 aufgenommenen Personen ausmachen, handelte es sich überwiegend um Menschen aus Afghanistan, die im Rahmen der Evakuierung von Menschenrechtsaktivist*innen und Ortskräften in Rheinland-Pfalz Zuflucht gefunden haben.

Asylsuchende, die in den Jahren 2022 und 2023 ca. 35,1 Prozent aller in Rheinland-Pfalz aufgenommenen Geflüchteten ausmachten, kamen mehrheitlich aus Syrien, Afghanistan, dem Irak, dem Iran und aus Somalia – aus

Gute Aufnahmebedingungen für Menschen mit Fluchtbiographie sind in einem der reichsten Länder der Welt möglich. Alles was es dazu braucht, ist politischer Wille. Diesen politischen Willen sollten alle aufbringen, die sich bei den Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 um ein Mandat bewerben.

FAKTEN STATT FAKE-NEWS

Ländern also, in denen schwerste Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind.

Etwa 83 Prozent aller Schutzsuchenden in Rheinland-Pfalz haben in den Jahren 2022 und 2023 durch eine Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlin-

ge (BAMF) oder aufgrund europäischer Vorgaben einen Schutzstatus erhalten. Durch erfolgreiche Klagen gegen ablehnende Asylentscheidungen des BAMF nähert dieser Wert sich schon jetzt der 90 Prozent-Marke.

Was jetzt zu tun ist: Integrationsoffensive statt Abschiebeoffensive!

Politik und Gesellschaft sollten sich also weniger darum bemühen, mit großem Aufwand, menschenrechtlich fragwürdigen Methoden und absehbar bescheidenem „Erfolg“ die wenigen Menschen wieder „loszuwerden“, die aus unterschiedlichen Gründen zwar keinen Schutzstatus erhalten, vielfach aber keine Rückkehrperspektive, dafür aber gute Gründe für ihren Verbleib in Rheinland-Pfalz haben. Politik und Gesellschaft sollten sich stattdessen darum bemühen, *alle* Menschen mit einer Fluchtbiografie als Chance zu sehen, und ihnen Rahmenbedingungen und

Förderangebote zu geben, damit sie in ihrem eigenen und im Interesse der Aufnahmegesellschaft hier Fuß fassen können. Denn in aller Regel gibt es keinen Widerspruch zwischen diesen beiden Interessen.

Notwendig sind deshalb u.a.

- die Abschaffung von Arbeitsverboten,
- ein uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt,
- stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelungen für langjährig geduldete Menschen.